Überblick[1]

Bevor Mitte Dezember die EZB ihre neue Prognose vorstellt, haben im November die OECD und die Europäische Kommission ihre aktuellen Einschätzungen zur weiteren Wirtschaftsentwicklung präsentiert. Nach dem starken Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2021 von 6%, erwarten beide Institutionen, dass sich die globale Wachstumsdynamik im Jahr 2022 auf rund 3% halbieren wird. Während das erste Halbjahr noch von Aufholeffekten nach der COVID-Pandemie gekennzeichnet war, dämpfen die Folgen des die Entwicklung im zweiten Halbjahr deutlich. Dies wird erst 2023 in vollem Umfang sichtbar werden. Die strengen COVID-Maßnahmen dämpfen währenddessen weiterhin die Wirtschaftsentwicklung in China. Vor diesem Hintergrund wird derzeit von einer weiteren Abschwächung des Weltwirtschaftswachstums auf rund 2 ½% im Jahr 2023 gerechnet. Erst im Jahr 2024 sollte es wieder zu einer Beschleunigung des BIP-Wachstums kommen. Gleichzeitig bleibt der Preisdruck weiterhin hoch. Für die OECD-Länder wird im Jahr 2022 eine Inflation von 9,4% erwartet, welche nur langsam auf 6,6% im Jahr 2023 und auf 5,1% im Jahr 2024 zurückgehen soll. Erste Signale einer Trendwende kommen jedoch aus den USA, dort ist die Inflation das vierte Monat in Folge leicht gesunken.

Im Euroraum wird gemäß den aktuellen Prognosen mit einem Höhepunkt der Inflation zum Jahreswechsel gerechnet. Allerdings wird die Inflation nach über 8% im Jahr 2022 nur geringfügig zurückgehen und im Jahr 2023 immer noch bei über 6% liegen. Erst 2024 nähert sich die Inflation wieder dem Preisstabilitätsziel der EZB von 2%. Die Geldpolitik des EZB-Rats zielt primär darauf ab, dem Risiko vorzubeugen, dass sich die Inflationserwartungen dauerhaft nach oben verschieben. Vor diesem Hintergrund trifft der EZB-Rat seine geldpolitischen Entscheidungen aktuell von Meeting zu Meeting auf Basis der aktuellen Daten und unter Bedachtnahme der bisher getroffenen Maßnahmen sowie im Bewusstsein über die verzögerte Wirkung der geldpolitischen Transmission. Bei seinen weiteren Entscheidungen wird der EZB-Rat auch die nachlassende Wachstumsdynamik im Euroraum in seine Überlegungen mitaufnehmen. Für das Jahr 2023 erwartet die Europäische Kommission aktuell nur ein sehr geringes Wachstum von 0,3% für den Euroraum.

Trotz einer Stagnation oder milden Rezession zu Jahreswechsel wird für die meisten Euroraumländer im Jahr 2023 ein positives Wachstum erwartet. Im Gegensatz dazu erwartet das BOFIT für Russland in den Jahren 2022 und 2023 eine Rezession von jeweils 4 %. Während der Abschwung 2022 in Russland somit milder ausfällt als zu Jahresbeginn erwartet, wird dieser der aktuellen Prognose folgend länger andauern. Die weniger starken Auswirkungen 2022 sind eine Folge der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der russischen Behörden (Kapitalverkehrskontrollen, Stützung des Rubelkurses) sowie der beträchtlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft.

In Österreich wurde Ende November die erste vollständige VGR für das dritte Quartal von Statistik Austria veröffentlicht. Demnach nahm das Wirtschaftswachstum von zuvor +1,9% im zweiten Quartal auf +0,2% im dritten Quartal deutlich ab. Das gering positive Wachstum wird jedoch einzig vom Beitrag der Lager und der statistischen Diskrepanz erklärt, während sowohl die Inlandsnachfrage als auch die Nettoexporte das Wachstum gedämpft haben. Die HVPI-Inflation betrug im November laut Schnellschätzung von Statistik Austria 11,1% (Oktober 11,5%). Der größte Beitrag zur Inflation kommt auch in Österreich von den Energiepreisen. Für Österreich wird mit einem Höhepunkt der Inflationsentwicklung zu Jahreswechsel gerechnet. Trotz eingetrübter Konjunkturaussichten und hoher Inflation zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin sehr robust.

[1] Autor: Klaus Vondra (Referat Konjunktur).